

Die SVP hat das weitaus grösste Budget

WAHLJAHR 2011 Die Parteien sind in den Startlöchern für den nationalen Wahlkampf im kommenden Jahr. Für Plakate, Inserate und Internetauftritte stehen Millionen bereit. Aber so prall gefüllt wie bei der SVP sind die Kassen der anderen Parteien bei weitem nicht.



Viele Stühle im Parlament sind zwar oft leer, aber dennoch hart umkämpft: Blick in den Nationalratssaal.

Keystone

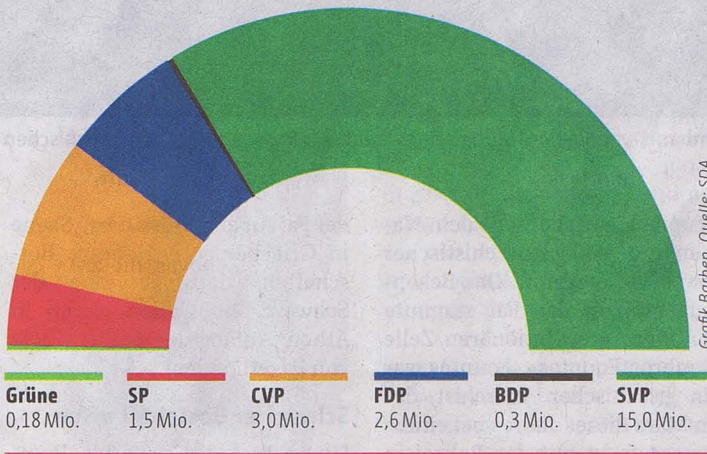
Während die SP rund 1,5 Millionen Franken in den nationalen Wahlkampf stecken kann, dürften es bei der SVP insgesamt mindestens 15 Millionen Franken sein. Die Partei mit dem grössten Budget hält sich allerdings bedeckt, wenn es um konkrete Zahlen geht.

Auf 15 Millionen Franken waren deren Ausgaben von Beobachtern bei den Wahlen 2007 geschätzt worden. Ein zweistelliger Millionenbetrag sei auch bei den nächsten Wahlen realistisch, sagte der Kampagnenexperte Louis Perron auf Anfrage. Dieser dürfte sogar deutlich höher liegen als 2007. Perron geht davon aus, dass die SVP 30 bis 50 Prozent mehr Geld in den Wahlkampf stecken wird als vor vier Jahren.

Andere Grössenordnung

Die FDP rechnet mit einem Budget von rund 2,6 Millionen, wie FDP-Präsident Fulvio Pelli der Sonntagspresse verriet. Hinzu kommen jedoch Ausgaben der Kantonalparteien und der einzelnen Kandidaten und Kandidatinnen. Die CVP gibt an, für den Wahlkampf auf nationaler Ebene 3 Millionen Franken – immerhin doppelt so viel wie die SP – einzusetzen. Der Betrag sei jedoch

NATIONALE WAHLKAMPFBUDGETS



noch nicht ganz beisammen, sagte Generalsekretär Tim Frei auf Anfrage.

Noch einmal eine Liga tiefer spielen die Grünen, die BDP und die Grünliberalen. 300 000 Franken hat die BDP für den Wahlkampf budgetiert, wie Parteipräsident Hans Grunder gestern auf Anfrage sagte. Den Grünen stehen nach eigenen Angaben 180 000 Franken zur Verfügung.

Parteien auf der Strasse

Das bescheidene Budget hoffen die Grünen mit ihrem Engagement für die anstehenden kantonalen Atomabstimmungen und

einer Initiative für eine grüne Wirtschaft wettzumachen. «Wir können uns keine teure Kampagne leisten, aber wir werden auf der Strasse und nahe bei den Leuten sein», sagte Generalsekretärin Miriam Behrens auf Anfrage.

Kantonale Sektionen wichtig

Dort werden die Grünen allerdings nicht alleine sein. Fast alle grossen Parteien haben ein oder sogar mehrere Volksbegehren hängig, für das sie um die Aufmerksamkeit von Medien und Wählerschaft buhlen: Die SP etwa die Cleantech-Initiative, die FDP die Bürokratiestopp-Initia-

tive, die SVP erwägt eine neue Initiative gegen die Zuwanderung. Daneben planen alle Parteien eine klassische Wahlkampagne. Diese wird in erster Linie von den kantonalen Sektionen geführt. Die Wahlkampfteams koordinieren diese Anstrengungen, stellen einen einheitlichen Auftritt sicher und führen eine nationale Wahlkampagne.

Geld allein genügt nicht

Viel zusätzliches Personal wird dafür nicht eingestellt. Der Zürcher Nationalrat Hans Fehr etwa arbeitet während des Wahlkampfes Teilzeit im Generalsekretariat der SVP, die CVP hat ihr Team von wissenschaftlichen Mitarbeitern von zwei auf vier Personen aufgestockt, die FDP hat mehrere Praktikanten angeheuert. Doch Geld und grosse Wahlkampfteams alleine bringen noch keine Stimmen. Wichtig sind laut Perron eine Botschaft und eine Strategie. Erfolg habe, wer darüber hinaus noch Geld, Know-how, Engagement und Disziplin habe. «Weil die SVP den anderen Parteien in all diesen Punkten haushoch überlegen ist, hat sie fünfmal hintereinander die nationalen Wahlen gewonnen», sagte Perron.

Nicolas Hehl, sda/ma

SONDERFALL

«Bananenrepublik» Für Politikerberater Louis Perron, welcher sowohl in der Schweiz wie im Ausland Politiker berät, ist die Schweiz in Sachen Parteienfinanzierung eine «Bananenrepublik». In den USA können Parteien und Politiker unbegrenzt viel Geld ausgeben, müssen aber dessen Herkunft deklarieren und bekommen nichts vom Staat. In Europa dagegen erhalten die Parteien in der Regel abhängig vom Wähleranteil vom Staat finanzielle Unterstützung. Die Schweiz stellt einen Sonderfall dar: Die Parteien können unbegrenzt viel Geld ausgeben. Die Herkunft muss nicht deklariert werden. Finanzielle staatliche Unterstützung erhalten die Schweizer Parteien kaum. Im Nachteil sei dabei die Linke, weil das Geld der Wirtschaft und reicher Individuen zu den Mitte- und Rechtsparteien flicse, so Perron.

Das Schweizer System leiste dem Missbrauch von Parteigeldern und der Korruption Vorschub, kritisiert die Organisation Transparency International. Und auch die OSZE empfiehlt der Schweiz mehr Transparenz. sda